

Samstag, 28. März 2020, Miesbacher Merkur / Bayern & Region

# **Bürokratie belastet Kliniken während Pandemie**

**Spahns Gesetzespaket geht Krankenhäusern nicht weit genug –  
Klagen über Dokumentation**



Auf den Intensivstationen gibt es in den meisten Kliniken kaum noch freie Betten.  
Dpa

Agatharied – Bayerns Krankenhäuser bereiten sich mit Hochdruck auf den erwarteten Anstieg an Corona-Patienten vor. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat den Kliniken mit einem Gesetespaket finanzielle Unterstützung und Entlastungen im Kampf gegen die Pandemie zugesichert. Doch die bereits beschlossenen Maßnahmen gehen den Krankenhäusern nicht weit genug. Sie fordern vor allem einen weitreichenden Bürokratie-Abbau während der Krise.

Das Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz sichert den Kliniken 50 000 Euro für jedes zusätzliche Intensivbett mit Beatmungsmöglichkeit zu und eine Tagespauschale von 560 Euro für jedes freigeräumte Bett auf einer normalen Station. Auch für eingesetztes Material gibt es Zuwendungen. Das geht vielen Kliniken nicht weit genug. „Viel wichtiger wäre, einen Rettungsschirm über die belegten Betten aufzuspannen“, betont Michael Kelbel, Geschäftsführer des Krankenhauses Agatharied im Kreis Miesbach. Denn durch die Versorgung der Patienten während einer Pandemie entstünden enorme Zusatzkosten, zum Beispiel für Einzelisolierungen, Triage-Bereiche oder Leiharbeiter, die deutlich mehr kosten würden als tarifangestellte Fachkräfte, betont Kelbel. Vor allem aber kritisiert er, dass das administrativ-lastige Abrechnungssystem nicht vorübergehend ausgesetzt wird und durch pragmatische Pauschalzahlungen ersetzt wird, die sich an den Vorjahren orientieren. „Die Krankenhäuser müssen sich nun auch in der Krise mit ausufernden Dokumentationspflichten herumschlagen“, sagt er. Gerade im Bereich der Intensivmedizin seien sie umfangreich und kompliziert. Kelbel fordert: „Weg mit diesen bürokratischen Hürden in einer Zeit, in der es um nichts anderes geht, als Leben zu retten.“

Ähnliche Kritik kommt von Jürgen Wißler, dem Geschäftsführer der Asklepios Fachkliniken München-Gauting. Ungeachtet der Krise würden die Krankenkassen an den Prüfpflichten festhalten. Die Prüfquote sei zwar verringert worden. Dennoch müssten Klinikmitarbeiter nun Akten kopieren und verschicken – auch für etliche Altfälle von 2019. „Allein für die Lungenfachklinik Gauting sind das rund 850 Patientenakten“, sagt Wißler.

Peter Bauer, der Patientenbeauftragte der Staatsregierung, kann den Ärger der Kliniken verstehen. „Wenn es erst vollmundige Versprechen gibt und dann nur eine abgeschwächte Version davon, ist das Vertrauen in die Politik angekratzt“, sagt er. Mit dem aktuellen System hätten die Kliniken keine Chance, Zusatzkosten abzurechnen, sagt auch er. In dieser Hinsicht müsse dringend etwas passieren. An den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) appelliert Bauer, nun besonnen vorzugehen. „Wir dürfen nun nicht zu Tode prüfen.“ Er betont: Krankenhäuser und Pflegeheime bräuchten eine rechtssichere Dokumentation – aber das müsse auch mit weniger Bürokratie möglich sein. „Jetzt zählt in den Kliniken gerade jede Stunde.“ KATRIN WOITSCH

